

Der Landrat Fachdienst Wasser, Boden und Abfall

Kreis Dithmarschen

Postfach 16 20

25736 Heide

Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes

Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord

Planfeststellungsbehörde Hindenburgufer 247

24106 Kiel

WSD Nord

27. April 2007

Az.

Mein Zeichen

Ihre Zeichen/Nachricht vom 150.1401-200

231-2

Stettiner Straße 30 25746 Heide

Telefon: 0481/97-1480 Fax: 0481/97-1587

Auskunft erteilt Thorsten Karstens

thorsten,karstens @dithmarschen.de

Zimmer 409

Heide, 25.04.2007

Planfeststellungsverfahren für die Fahrrinnenanpassung von Unter- und Außenelbe

Sehr geehrfe Damen und Herren,

nach Abstimmung mit dem hiesigen Agrar- und Umweltausschuss gebe ich im Rahmen des o.g. Planfeststellungsverfahrens folgende Stellungnahme ab:

- Da den elbanliegenden Kommunen nicht zugemutet werden kann, die Verursachung der Verschlickung und Versandung ihrer Zufahrten und Häfen zu belegen, ist die Umkehr der Beweislast zu fixieren. Der Antragsteller muss nachweisen, dass die Fahrrinnenanpassung und die Strombaumaßnahmen nicht verursachend für die Verschlickung und Versandung sind. Das gleiche gilt für die Belange betroffener Wirtschaftszweige wie z.B. die Fischerei, für die bis zu 15 % Verdienstausfall prognostiziert werden.
- Zur Beseitigung der Verschlickungen und Versandungen in den Dithmarscher H\u00e4fen Friedrichskoog, Neufeld, Brunsb\u00fcttel Alter Hafen und Elbehafen und im \u00fcbrigen auch der anderen Unterelbeh\u00e4fen samt Zufahrten muss ein Fonds eingerichtet werden, aus dem die Ma\u00dbnahmen ohne direkten nachweislichen Bezug zu dieser oder einer fr\u00fcheren Fahrrinnenanpassung getragen werden k\u00f6nnen. Die bisher f\u00fcr die Sportbootliegepl\u00e4tze erarbeitete Fondsl\u00f6sung wird zwar unterst\u00fctzt, sie reicht aber gerade f\u00fcr die H\u00e4fen auf Dithmarscher Gebiet bei weitem nicht aus, sondern muss auf mindestens 20 Mio. \u00e9 aufgestockt werden.

- Zur Dokumentation der Auswirkungen der geplanten Fahrrinnenanpassung ist ein Beweissicherungsverfahren zu führen. Sich aus der Maßnahme ergebende Mehraufwendungen für die Unterhaltung der Häfen und ihrer Zufahrten, die Binnenentwässerung und die Deichsicherheit sind durch den Antragsteller zu tragen. Die im freien Gefälle entwässernden Vorfluter in Süderdithmarschen werden durch Veränderungen außendeichs im Vorlandbereich stark beeinflusst. Dies gilt insbesondere für vermehrte Auflandungen im eigentlichen Priel als auch durch die Verlängerung desselben bis zum Tiefwasserbereich durch Verbreiterung des Vorlandes, stärkere Mäandrierung etc.. Es muss deshalb sichergestellt werden, dass durch die geplanten Ausbaumaßnahmen und die Strombaumaßnahmen und Verklappungen vor Neufeld, in der Medemrinne und vor St. Margarethen die binnendeichs gelegenen Vorflutsysteme um Friedrichskoog, Neufeld und Brunsbüttel nicht in ihrer Entwässerungsfunktion behindert werden. Da die Gutachten belegen, dass die Umbaumaßnahmen zu einer tendenziellen Zunahme der Sedimentation an der schleswig-holsteinischen Küste führen werden, ist ein Beweissicherungsverfahren zu führen. Mehraufwendungen für die Unterhaltung der Vorflutsysteme sind durch den Antragsteller zu tragen.
- Der Elbehafen Brunsbüttel ist auf freie Zufahrt und ausreichende Wassertiefen angewiesen. Gemäß Planunterlagen sollen im Zuge der Fahrrinnenanpassung in den Verklappungsbereichen vor Neufeld, der Medemrinne und St. Margarethen sehr große Mengen Baggergut abgelagert werden. Es besteht die Gefahr, dass entweder vermehrt Schwebstoffe freigesetzt werden, die sich in ruhigen Strömungsbereichen ablagern oder verklapptes Material durch die Strömungen umgelagert wird. Dieses könnte die Entwicklung des Elbehafens behindern und im übrigen zu Beeinträchtigungen der Schleusen des Nord-Ostsee-Kanals führen. Auch hier ist ein Beweissicherungsverfahren zu führen. Die Mehraufwendungen für die Unterhaltungsbaggerungen in diesen Bereichen sind durch den Antragsteller zu tragen.
- Die ausgleichende Bearbeitung der Belange aller an der Unterelbe vertretenen Interessengruppen aus Wirtschaft und Naturschutz kann nur im Rahmen eines Ästuarmanagements erfolgen. Nur in diesem Kontext lassen sich die Probleme, wie z.B. die Kollision der zum Teil untereinander konkurrierenden wirtschaftlichen Interessen mit den Anforderungen nach Natura 2000/FFH zusammenhängend und ausgleichend abarbeiten. Die Einrichtung eines Ästuarmanagements mit einem runden Tisch für alle Beteiligten Interessen wird gefordert.

Ich bitte, die vorstehenden Bedenken bzw. Anforderungen entsprechend zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen Im Auftraa

Dr. Jürgen Eilers